

DIE REVOLUTION, DIE VERFASSUNG UND DIE PARTIZIPATIVE DEMOKRATIE

Yadh Ben Achour, ein Vordenker des demokratischen Aufbruchs in Tunesien, hielt eine der Hauptreden auf dem 5. Global Forum on Modern Direct Democracy in Tunis. Wir dokumentieren sie hier auf deutsch.

TEXT **YADH BEN ACHOUR** ÜBERSETZUNG **LISSI DOBLER**

Die Demokratie ist gleichermaßen eine Organisationsform und ein ethisches Prinzip. Als Ersteres bedeutet Demokratie ein politisches System, das auf der Akzeptanz und Teilhabe der erwachsenen Mitglieder der Gesellschaft basiert. Teilhabe als wichtiger Aspekt der Staatsbürgerschaft steht im Zentrum der Demokratietheorie. Die partizipative Demokratie lehnt die klassischen Wahl- und Repräsentationsmechanismen, die auf dem allgemeinen Wahlrecht und dem Mehrheitsprinzip beruhen, keineswegs ab. Vielmehr ist sie als deren Weiterentwicklung und Vollendung zu betrachten. Ich möchte dem Global Forum on Modern Direct Democracy dafür danken, dass im Laufe der Veranstaltungen in San Francisco 2010 und Montevideo 2012 ein noch umfassenderes Konzept der direkten Demokratie – die wir hier lieber „partizipative Demokratie“ nennen – mit den Begriffen Transparenz, Offenheit und Dialog als Leitgedanken erarbeitet werden konnte.

Die Demokratie stellt gleichzeitig auch eine Form der sozialen und politischen Ethik dar. Es geht dabei insbesondere um die Grundrechte der Menschen: um die Achtung des Rechts auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Gesundheit, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie des Rechts auf freie Meinungsäußerung und damit zusammenhängend auf Versammlungsfreiheit, friedliche Demonstrationen sowie Presse- und Medienfreiheit.

Ein Meinungsaustausch über verschiedene Demokratiekonzepte kann ohne vorherige philosophische Reflexionen über die Grundlagen der Demokratie nicht stattfinden. Was gibt uns das Recht, die Demokratie als bestes politisches und gesellschaftliches System für den Menschen anzusehen? „Ich glaube

daran“ reicht hier nicht als Antwort, denn persönliche Vorlieben sind keine Argumente. Wieso sollte man die Demokratie der Diktatur, der Monarchie nach göttlichem Recht oder einem theokratischen Regime vorziehen? Mit diesen Überlegungen wollen wir uns im Folgenden befassen.

Die Demokratie vom Kulturrelativismus befreien

Um die oben genannten Fragen sinnvoll beantworten zu können, müssen wir die Demokratietheorie aus der Sackgasse des Relativismus herausführen. Andernfalls würden wir die Demokratie weiterhin in Bezug zur Kultur jeder einzelnen Gesellschaft oder deren individueller Geschichte verstehen oder sie abhängig von verschiedenen Formen der Zivilisation definieren.

Von Feind/innen der Demokratie, die ihre Motivation in allerlei totalitären Strömungen finden, sei es in laizistischen – wie dem Faschismus, dem Ultrationalismus oder dem Kommunismus – oder in religiösen – wie dem politisch-fideistischen Fundamentalismus – bekommen wir häufig den Vorwurf zu hören, die Demokratie sei westlichen Ursprungs. Für diese Personen bedeutet jegliches Bekenntnis zur demokratischen Philosophie eine kulturelle Entfremdung, eine Verwestlichung des Gedankenguts und der Kultur. Mit den kulturellen und zivilisatorischen Besonderheiten jedes Volkes argumentierend stellen sich die Leugner/innen der Demokratie folglich diese und jene kulturalistische Demokratietheorie vor. Der eine lehnt die Demokratie radikal ab, die nächste erarbeitet ein sozialistisches Demokratiekonzept, wieder ein anderer erfindet ein liberales, kapitalistisches Demokratieparadigma. In diesem Sinne hätten wir eine afrikanische Vorstellung von

Demokratie, eine islamische, eine buddhistische. Im Grunde genommen nehmen alle diese Doktrinen eine ablehnende Haltung gegenüber der Demokratie ein. Wenn wir das Demokratiekonzept auf eine solide Basis stellen wollen, dann bleibt uns keine andere Wahl, als die Grundlage dafür im Menschen selbst zu sehen und es als eine universelle Wahrheit zu denken. Um das zu erreichen, müssen wir von einem universellen Prinzip ausgehen, das widerspruchsfrei als gemeinsames Element der gesamten Menschheit verstanden werden kann.

Das universelle Fundament der Demokratie

Mir scheint das einzige dazu geeignete philosophische Konzept die Abwesenheit von Leid zu sein. Dieses Prinzip kann für sich allein stehend als universelles Fundament der demokratischen Idee dienen und gleichzeitig auch als wesentliches Instrument zur Entwicklung eines Gerechtigkeitsempfindens funktionieren. Einen Sinn für Gerechtigkeit zu haben bedeutet, Leid und Schmerz abzulehnen. Aus der allgemeinen Menschheitserfahrung heraus können wir folgern, dass der Mensch von Natur aus Leid meidet und ablehnt, sei es moralischer oder physischer Natur. Der Ursprung des Gerechtigkeitsgefühls liegt in der Wahrnehmung, dass jeder Mensch Schmerz, Elend oder Demütigung erleben kann. Darauf basierend definiert der Mensch, was akzeptabel und was inakzeptabel ist. Wir können Leid selbst erfahren und diese Erfahrung dann auf andere übertragen – daraus lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass das Prinzip der Leidensfreiheit eine solide Basis für eine Philosophie des Menschen bilden kann. Und allein diesem Prinzip folgend – das a priori gar kein Prinzip ist, sondern eine Erfahrung – können wir den absoluten moralischen Grundsatz ableiten: „Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg auch keinem andern zu“.

Im Prinzip der Abwesenheit von Leid enthalten sind drei Aspekte: die materielle, die geistige und die soziale Dimension des Menschen. Was die materielle und körperliche Dimension betrifft, so tendiert der Mensch grundsätzlich dazu, sein eigenes Leben zu schützen, dessen Ende so weit wie möglich hinauszuzögern, indem er auf seinen Körper, seine Ernährung und seine Gesundheit achtet. Folglich stellen das Recht auf Leben, auf Wohlergehen und auf Gesundheit sowie der Schutz der physischen Unversehrtheit die wichtigsten Grundprinzipien jeder universellen Moralphilosophie dar.

Aber der Mensch ist weit mehr als das. Er wurde im Laufe der Evolution zu einem denkenden und sprechenden Wesen. Seine rationale Natur, die sich durch Sprache ausdrückt, ist ebenfalls Teil seines Charakters. Wird er daran gehindert, frei zu denken oder seine Gedanken frei auszudrücken, so stellt das eine Art Leid für ihn dar. Bedingt durch ihr menschliches Wesen versucht

folglich jede Person, sich freizumachen von allem, was sie daran hindert, ihre Gewissens-, Gedanken- und Glaubensfreiheit auszuüben oder ihren Empfindungen Ausdruck zu verleihen und sich durch Sprache, Kunst oder Technik zu entfalten.

Die dritte Dimension des Menschen wiederum beschreibt, dass er in sozialen Strukturen lebt. Die einen, wie zum Beispiel die Griechen, haben diese Wirklichkeit mit den Worten „Der Mensch ist ein politisches Wesen“ ausgedrückt. Andere, beispielsweise die Araber, bedienen sich des Satzes „Der Mensch ist von Natur aus ein soziales Wesen“ – was beides auf das Gleiche hinausläuft. In diesem Sinne strebt der Mensch von Natur aus danach, am zivilen und politischen Leben seiner sozialen Gruppe teilzunehmen, ob diese nun als Stamm, als

Nation, als Republik oder als Monarchie organisiert sein mag. Sei es, indem er politische Aufgaben und Verantwortlichkeiten übernimmt oder sei es, indem er durch Wahlen oder irgendeinen anderen Repräsentationsprozess die Personen bestimmt, die diese Verantwortlichkeiten ausüben sollen, immer unter Berücksichtigung des Gleichgewichts zwischen der Sicherheit aller und der Freiheit jeder und jedes einzelnen. Schließlich leidet der Mensch in der Gesellschaft nicht per se unter Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Ungleichheit. Es trifft zu, dass Entfremdung und freiwillige Knechtschaft ihn dazu gebracht haben, Inakzeptables wie Sklaverei, Apartheid oder die Diskriminierung zwischen Männern und

Frauen gezwungenermaßen hinzunehmen. Diese Perversionen haben sich in Sitten, Gebräuchen und Traditionen festgesetzt. In einigen Fällen wurden sie irgendwann akzeptabel oder sogar normal. Durch revolutionäre Bewegungen in Politik, Philosophie, Religion und Wissenschaft hat es der Mensch jedoch geschafft, sich Schritt für Schritt von dieser erdrückenden Verneblung seines Geistes zu befreien, die ihn in einer Art gesellschaftlichem Konformismus gefangen hielt. Tunesien hat diese glückliche Erfahrung gerade durchlebt.

Die Demokratie ist Wesensmerkmal des Menschen

Die Demokratie muss also über allen kulturellen Besonderheiten angesiedelt werden. Sie ist ein grundlegendes Wesensmerkmal des Menschen, Teil seiner psychischen und physischen Natur. Der Mensch ist dazu geboren, auf der Grundlage des universellen Prinzips der Leidensfreiheit demokratisch zu sein. Der Mensch ist frei geboren und alle Menschen sind gleich. Der Mensch ist ein denkendes Wesen, er hat also das Recht auf allumfassende Gedankenfreiheit. Er ist ein sprechendes Wesen, also hat er auch das Recht auf universelle Meinungsfreiheit. Er ist ein politisches Wesen, also hat er das Recht, frei zu wählen, sich repräsentieren zu lassen und auf direkte Art und Weise an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten mitzuwirken. ►

**„Die Demokratie
muss über
allen kulturellen
Besonderheiten
angesiedelt werden.
Sie ist ein
grundlegendes
Wesensmerkmal
des Menschen.“**

YADH BEN ACHOUR



Yadh Ben Achour (Mitte) auf dem Eröffnungspodium des Global Forum on Direct Democracy in Tunis (Foto: Michael von der Lohe).

All diese Freiheiten und Rechte sind in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte verankert und gehören weder zur europäischen Kultur, noch zur afrikanischen oder chinesischen Kultur, weder zu Religion, noch zu Laizismus, weder zum modernen, noch zum traditionellen Verständnis. Sie sind Teil unseres gemeinsamen, universellen Kultur- und Naturerbes, weil sie zum menschlichen Wesen selbst gehören.

Eine Revolution im Namen der Menschenwürde

Die tunesische Revolution von 2011, von Benjamin Stora als „arabisches '89“ bezeichnet, ist einer der großen Umbrüche in der Geschichte des Landes und der arabischen Welt. Zum ersten Mal fand eine demokratische, modern ausgerichtete Revolution gegen die Tyrannei statt und brachte im Namen der Menschenwürde und der davon abgeleiteten Werte ein Regime zu Fall. Die Revolution zog einen Schlussstrich unter drei Vorstellungen: die Idee einer aus dem Westen importierten Demokratie, die Idee des autoritär geprägten arabischen Raumes als Ausnahmefall in einer Welt auf dem Weg zur Demokratisierung sowie die Idee eines passiven Volkes, das unfähig ist, seine Rechte selbst zu erstreiten. Diese drei Mauern sind jetzt gefallen.

Der Philosoph und Politiker Nicolas de Condorcet schrieb Ende des 18. Jahrhunderts, die Bezeichnung „revolutionär“ sei nur auf Revolutionen anwendbar, „die die Freiheit zum Ziel haben.“ Ich würde eher sagen: „... die vom Geist der Gerechtigkeit geprägt sind“. Die Freiheit ist ein Teil davon. Die tunesische Revolution wurde von ihrem ersten Tag an von prometheischen Parolen und Aktionen begleitet, wie zum Beispiel mit der Phrase „das Volk will ...“ (achaab yourid). Damit wurde die Legitimität der revolutionären Bestrebungen zum Ausdruck gebracht, wobei die Forderung in jenem Moment die Sphäre der hohlen Souveränität der Worte verließ, um sich in die Tiefe der Geschichte

einzuschreiben. Seither hat sie das politische Bewusstsein und Handeln eingenommen, ohne dabei ihre Verankerung im rechtlichen und konstitutionellen Diskurs zu verlieren. „Das Volk will“ ... einen neuen Staat, einen freien Menschen, eine befreite Frau, eine gerechte Gesellschaft und schließlich eine demokratische Verfassung als Fundament für ein nach den Prinzipien der Republik aufgebautes Konzept der Staatsbürgerschaft, das mit der alten Ordnung der Unterdrückung bricht.

Vom ersten Moment im Januar 2011 an war die Revolution geprägt von der Forderung nach verfassungsrechtlichen Veränderungen. Diese reihte sich ein die lange konstitutionalistische Tradition Tunesiens und hatte zum Ergebnis, dass tatsächlich eine neue Verfassung erarbeitet und am 27. Januar 2014 verabschiedet wurde. Die Idee der partizipativen, inklusiven Demokratie ist einer der fundamentalen Bestandteile dieser Verfassung und hat es Tunesien ermöglicht, mehrere schwere Krisen in der darauffolgenden Zeit des Übergangs zu überstehen. Zwei Punkte verdienen im Folgenden unsere besondere Aufmerksamkeit:

- Die Verfassung wurde mit Hilfe von Methoden ausgearbeitet, die auf Inklusion und Partizipation abzielen und die weit über den strikt formalrechtlichen und legalistischen Rahmen hinausgehen.
- In der Verfassung selbst sind die Prinzipien der partizipativen Demokratie sowohl in den Grundsätzen als auch in den Instrumenten und der territorialen Organisation verankert.

Die Rolle der partizipativen Demokratie bei der Erarbeitung der Verfassung

Die Übergangszeit zwischen der Revolution und dem Inkrafttreten der Verfassung war in Tunesien geprägt von Krisen, Blockadesituationen und Instabilität der aufeinander folgenden Regierungen. Dieser Zustand von Unsicherheit und Relativismus färbte auf alle Aspekte des politischen Lebens ab.

Betroffen war zum Beispiel das Prinzip der Volkssouveränität, das sich bisher durch das allgemeine Wahlrecht und das Mehrheitsprinzip ausdrückte und als unantastbar galt. Es stand bereits seit seiner Inkraftsetzung am 23. Oktober 2011 in der Kritik – nicht nur in Tunesien. Das gleiche Schicksal ereilte den Allgemeinen Volkskongress in Libyen am 7. Juli 2012. In derartigen krisengeschüttelten Übergangsperioden verlieren selbst so unumstößlich erscheinende demokratische Prinzipien wie das Mehrheitswahlrecht ihren symbolischen und moralischen Wert. Selbst wenn sie rechtlichen Prinzipien und den seit jeher etablierten Normen zuwiderlaufen – im gegenseitigen Einverständnis aller Mitwirkenden getroffene Vereinbarungen sind in solchen Zeiten der sinnvollere Mechanismus, nicht zuletzt auch bei der Erarbeitung einer Verfassung. Denn klassische Wahlentscheidungen sind – unabhängig von der Tatsache, dass sie eher vom Zufall beeinflusst werden können – in Übergangsphasen anfällig dafür, Spannungen zu verstärken und den Verfassungsprozess zu blockieren, wenn es keine absoluten Mehrheiten gibt. Sie produzieren und festigen Spaltungen und Uneinigkeiten zwischen Mehrheit und Minderheiten. Zu Beschwichtigung und Eintracht tragen sie keineswegs bei und müssen deshalb in Zeiten, die von sozialen und politischen Turbulenzen gekennzeichnet sind, vermieden werden.

Diese Einschränkung bekam für den tunesischen Verfassungsgeber entscheidende Bedeutung, als die Verfassung verabschiedet werden sollte. Dafür brauchte es eine Zweidrittel-Mehrheit der Mitglieder der verfassungsgebenden Nationalversammlung. Eine Mehrheit, die nur mit einem sehr breiten Konsens zu erreichen ist. Wäre sie nicht zustande gekommen, wäre die Verfassung Gegenstand eines Referendums geworden, was wiederum einen Sprung ins Ungewisse bedeutet hätte. Der Konsens wird notwendig, um den Erfolg einer Abstimmung zu gewährleisten, insbesondere wenn es dabei um den Umgang mit Meinungsverschiedenheit in Bezug auf Werte und nicht nur hinsichtlich von Mitteln geht. Wir haben dafür die Bezeichnung *tawâfuq*, die „Einigung durch Konsens“.

Tawâfuq: Die Konsensmethode

In Tunesien haben wir häufig die Forderung nach „einer Verfassung für alle“ gehört – *dustûrun lil jamî*.¹ Diese impliziert, dass die Verfassung nicht das Werk von Abgeordneten sein kann, auch wenn sie zuvor explizit dafür gewählt wurden, sondern nur von jenen, die es schaffen, alle Gruppen und Akteure auf dem Wege eines partizipativen Konsenses zusammenzubringen. In dieser Situation wird die demokratische Legitimität – inständig erhofft und unbestritten eine der wichtigsten Zielsetzungen der Revolution – vervollständigt wird durch eine Art konsensorientierte Legitimität. Dies liegt in der Natur der Übergangsperiode selbst. Da das Mehrheitsprinzip anfällig dafür ist, Spaltungen, Spannungen und Krisen auszulösen, ersetzt man es besser durch einen flexibleren und besser zu kontrollierenden Modus der Entscheidungsfindung, der das Maximum an Zustimmung sammelt und die nationale Einheit bewahrt. Anders gesagt überzeugt der Modus der Konsensentscheidungen,

tawâfuq, durch seine Doppelwirkung: Er verschafft dem politischen Prozess gegenüber dem legalen Prozess größere Bedeutung, gibt aber gleichzeitig dem informellen Prozess Vorrang vor den formalen Verfahren – was nicht heißt, dass er nicht auch institutionalisierten Charakter hätte.

Al hiwâr al watani: Der nationale Dialog

Verschiedene Arten der Institutionalisierung sind möglich, wie beispielsweise der „Nationale Dialog“ in Tunesien oder auch „Konferenzen des Nationalen Dialogs“, wie sie im Jemen oder in Libyen stattgefunden haben. Allerdings muss angemerkt werden, dass zum Erfolg eines derartigen Prozesses gewisse Minimalvoraussetzungen erforderlich sind. Diese Rahmenbedingungen waren in Tunesien vorhanden, unglücklicherweise jedoch nicht im Jemen oder in Libyen. Eine Krisensituation zu starken Ausmaßes, in der die verschiedenen Positionen der Akteure unvereinbar bleiben, ist keine gute Ausgangslage für die Konsensmethode.

Der Weg des Konsenses benötigt in der Regel eine sorgfältige Vorbereitung. Er erfordert zudem einen Mechanismus, oder anders gesagt einen Prozess, einen Raum, in dem die konkurrierenden Akteure ihre verschiedenen Sichtweisen austauschen können. Es ist wichtig, einen Dialogprozess zu etablieren, der Klarheit in die Debatten bringt, Wertschätzung pflegt für die Bedeutung und die Wirkung von Zugeständnissen und Entgegenkommen und nicht zuletzt ermöglicht, gemeinsam eine finale Entscheidung über diese oder jene Frage zu treffen. Dieser Dialogprozess kann sich als sehr hilfreich und heilsam erweisen, insbesondere wenn er sich auf nationaler Ebene abspielt. Dies hat die tunesische Erfahrung auf beeindruckende Weise gezeigt. Der Mord an Mohamed Brahmî am 25. Juli 2013, der – nach dem Mord an Chokri Belaïd – die schwerste politische Krise ausgelöst hat¹, die riesigen Demonstrationen im August 2013, die Besetzung des Bardo-Platzes durch die Protestierenden, der Rücktritt der Oppositions-Abgeordneten der verfassungsgebenden Nationalversammlung, das Aussetzen der Arbeit der Versammlung auf Entscheidung ihres Vorsitzenden, das Auftauchen der *tamarrod*-Bewegung² in Ägypten und Tunesien, die Machtübernahme durch die Armee in Ägypten, der Zusammenbruch des Staates in Libyen, das Aufflammen des Terrorismus – nur der „Nationale Dialog“ als praktische Ausübung der partizipativen Demokratie konnte das Land aus einer der bedrohlichsten politischen Krisen der Geschichte herausführen. Nach seinem Beginn am 5. Oktober 2013 nah-

¹ Brahmî und Belaïd, beides Politiker des linken Parteienbündnisses Volksfront und prominente Revolutionäre, wurden erschossen, die Morde bisher nicht aufgeklärt.

² Tamarrod nannte sich die Bewegung, die in Ägypten unter dem Schutz des Militärs gegen den gewählten Präsidenten und Muslimbruder Mohamed Mursi demonstrierte und damit den Anlass für den Militärputsch lieferte, mit dem Mursi abgesetzt wurde. ▶

men die 21 wichtigsten politischen Parteien an diesem Dialog teil. Initiiert wurde er vom tunesischen Gewerkschaftsdachverband UGTT (l'Union générale des travailleurs tunisiens), später wurde er unter die Schirmherrschaft von vier nationalen Organisationen gestellt: der UGTT, dem Tunesischen Verband der Industrie, des Handels und des Handwerks (UTICA, Union tunisienne de l'industrie, du commerce et de l'artisanat), der Tunesischen Liga für Menschenrechte und der Tunesischen Anwaltskammer. Dieser Dialog fand entlang einer „Roadmap“, *kharitat a-tariq*, statt, die nach mehreren Zwischenfällen schließlich von allen Protagonisten unterzeichnet wurde.

Kharitat a-tariq: Die Roadmap

Die „Roadmap“ wird als Technik häufig in Konsensprozessen angewandt. Es handelt sich dabei um ein von allen Parteien gemeinsam verfasstes und unterzeichnetes Dokument, in dem das Vorgehen und einzelne Maßnahmen zeitlich und inhaltlich geplant werden. Ziel dabei ist es, Krisen zu bewältigen und Kompromisslösungen für offene Probleme oder umstrittene Fragen zu erarbeiten. Dieses Vorgehen steht dabei in keiner Weise im Widerspruch mit den üblichen formalen und rechtlichen Verfahren. Um die Einhaltung des geltenden Rechts zu gewährleisten, ist es dabei vielmehr zwingend erforderlich, die offiziellen legitimierten und repräsentativen Strukturen miteinander zubeziehen.

In Tunesien waren die Methoden des Konsenses und des nationalen Dialogs sowie die Roadmap-Technik gerade deshalb von bemerkenswertem Erfolg gekrönt, weil genau dies der Fall war. Der hier beschriebene Konsensprozess steht tatsächlich für ein ausgewogenes und harmonisches Zusammenspiel zwischen Politik und Recht. Die Politik erlaubt es dem Recht, über sich hinauszuwachsen, seine Unzulänglichkeiten zu überwinden, aber genauso räumt das Recht der Politik die Möglichkeit ein, sich zu stärken und zu verstetigen, immer unter Berücksichtigung des zentralen Elements der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit. Ohne Rechtsstaat wäre die Politik sich selbst ausgeliefert und befände sich ständig in einem Zustand der Instabilität und Ungewissheit. Ohne Politik wiederum wäre das Rechtssystem Opfer seines abstrakten Charakters und seines Formalismus.

Im Endeffekt hat also die partizipative Demokratie maßgeblich zur Verabschiedung der tunesischen Verfassung beigetragen, welche bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt als wichtigstes politisches Ziel der Revolution definiert worden war. Umgekehrt hat die Verfassung selbst die partizipative Demokratie untermauert, sowohl was ihre Prinzipien, als auch was

ihre Methoden betrifft. Eines muss jedoch mit Bedauern festgestellt werden: Von Bürger/innen initiierte Volksabstimmungen sind in der Verfassung nicht enthalten. Diese Lücke sollte eines Tages geschlossen werden.

Die Rolle der partizipativen Demokratie in der Verfassung

Wie bereits erwähnt, stellt die partizipative Demokratie die klassischen Elemente der Demokratie, die Wahlprozesse, nicht in Frage. Vielmehr bereichert sie diese um eine neue Dimension: Die partizipative Demokratie bricht den saisonalen und nicht-kontinuierlichen Charakter der Wahlzyklen auf, indem sie Instrumente bereitstellt, mit deren Hilfe Demokratie laufend gelebt werden kann. Sie ersetzt die Diskontinuität im politischen Alltag durch Stetigkeit. Wahlen finden in mehr oder weniger großen Abständen statt. Die partizipative Demokratie füllt diese Intervalle auf und verleiht der Souveränität des Volkes noch mehr Beständigkeit. Was Verantwortlichkeiten und Entscheidungsfindungen betrifft, erweitert die partizipative Demokratie den Kreis der Beteiligten auf verschiedene Akteure der Zivilgesellschaft und bietet so die Möglichkeit, das politische Monopol der öffentlichen Organe auf der einen Seite und der politischen Parteien auf der anderen Seite aufzulösen.

Verankert ist das Prinzip der partizipativen Demokratie in Absatz 3 der Präambel

der neuen tunesischen Verfassung: „Im Hinblick auf die Errichtung eines republikanischen, demokratischen und partizipativen Systems, in einem zivilen Staat, in dem die Souveränität dem Volk gehört, durch friedliche Machtwechsel mittels freier Wahlen und auf dem Prinzip einer ausgewogenen Gewaltenteilung ... eine Regierungsform, durch die der Staat die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Freiheiten und Rechte der Menschen gewährleistet ...“. Die Präambel spricht klare Wort: Republik, demokratische Wahlen und Macht ablösung, Achtung der Freiheiten und des Rechtsstaates – all das spricht nicht im Geringsten gegen eine partizipative Demokratie.

Dezentralität und Bürgernähe

Weder darf noch kann die partizipative Demokratie auf die Ebene des Zentralstaates beschränkt bleiben. Ein wichtiger Teil ihrer Umsetzung ist eine echte Dezentralisierung, so wie in Artikel 139 in Kapitel VII der Verfassung beschrieben. Es trägt den bezeichnenden Titel „Die lokale Macht“ und lautet wie folgt:

„Die Institutionen auf lokaler Ebene führen Mechanismen partizipativer Demokratie und einer offenen Form des Regierens ein, um eine größtmögliche Teilhabe der Bürger/innen und der Zivilgesellschaft an der Vorberei-

Die partizipative Demokratie bricht den saisonalen und nicht-kontinuierlichen Charakter der Wahlzyklen auf, indem sie Instrumente bereitstellt, mit deren Hilfe Demokratie laufend gelebt werden kann. Sie ersetzt die Diskontinuität im politischen Alltag durch Stetigkeit.

YADH BEN ACHOUR

tion von Entwicklungs- und Raumplanungsprojekten sowie an der Überwachung über deren Ausführungen nach Gesetz zu gewährleisten“.

Wir finden in diesem Artikel die drei zuvor erwähnten Grundprinzipien wieder: Transparenz, eine Öffnung zur Zivilgesellschaft mit einem konstanten Dialog zwischen ihr und den lokalen Regierungsbehörden sowie die größtmögliche Mitsprache der Bürger/innen. Der tunesische Verfassungsgeber hat sich also auf eindrückliche Weise den Prinzipien der partizipativen Demokratie verschrieben und ist sicherlich von den Vorteilen dieser modernen Regierungsmethode für das Volk überzeugt.

Der erste Vorteil liegt in der Möglichkeit, die Individualität jeder Person in die gesamte Bürgerschaft einzubeziehen. Denn bei jeder politischen Unternehmung ist es wichtig, dem individuellen Ego Rechnung zu tragen, indem man es im großen Ganzen mitberücksichtigt. Denn entweder muss das Ego durch seine Integration ins Ganze befriedigt werden oder aber das Risiko ist groß, dass dieses Ego schädlichen Handlungen verfällt, Abspaltungen oder Anarchie vorantreibt. Anders gesagt: Die partizipative Demokratie ist das beste Gegengift zur Anarchie. Der zweite unbestreitbare Vorteil der partizipativen Demokratie liegt darin, dass sie den Entscheidungsträger/innen hilft, sich eine klare Meinung zu bilden. Beratungen, Diskussionen, Verhandlungen – all das kann nur dazu beitragen, die abschließende Entscheidung richtig und gerecht zu treffen. Ein aufgeklärter Mensch trifft augenscheinlich bessere Entscheidungen als einignoranter. Natürlich muss aber auch jede/r ihre oder seine Rolle und Funktion wahren. Sie oder er ist nicht dazu gezwungen, den sich aus der Bürgerbeteiligung abzeichnenden Tendenzen zu folgen, sondern muss der eigenen Verantwortlichkeit voll und ganz treu bleiben. Ein/e Entscheidungsträger/in, der oder die diese Verantwortung vernachlässigt, nur um allgemeinen Meinungstendenzen Folge zu leisten, stürzt sich in den Populismus und die Demagogie. Und die Demagogenherrschaft ist eine der schlimmsten Bedrohungen für die Demokratie. Entscheidungsträger/innen müssen auf Basis ihrer vollen Kenntnis der Sachlage entscheiden, aber gleichermaßen auch in voller Eigenverantwortung. Wohlverstanden stärkt die partizipative Demokratie folglich den republikanischen Staat.

Leider ist in der Welt der Politik nichts ohne Risiko. Was uns dazu führt, im folgenden Schlussteil über die Gefahren in der partizipativen Demokratie zu sprechen.

Über die Risiken der partizipativen Demokratie

Unabhängig von dem Risiko, dass die Entscheidungsträger/innen ihre Verantwortung durch simples Mitläufertum oder Demagogie vernachlässigen, birgt das hier behandelte Modell auch die Gefahr, den Korporatismus zu begünstigen. Denn die Mitglieder welcher Struktur auch immer, einer gesellschaftlichen Schicht oder eines Berufsstandes, haben natürlicherweise den Hang dazu, ihre eigenen subjektiven Interessen oder die kollektiven Interessen ihrer Gruppe zu verteidigen. Schlimmstenfalls könnten sie das Interesse ihrer Gruppe mit dem Interesse der Allgemeinheit verwechseln und ihren subjektiven Willen mit

dem Willen der Allgemeinheit. Dies würde zu einem System des Korporatismus führen und, dem gleichen Beispiel folgend, zum Triumph der Partikularinteressen und der Finanzkräfte. Folglich darf sich eine Reform, die eine bestimmte soziale Gruppe betrifft, nicht ausschließlich an deren besonderen Forderungen orientieren, sondern muss auch den Anforderungen des Gemeinwohls genügen. Der Korporatismus ist in der Tat der größte Feind der partizipativen Demokratie und das Konzept der Partizipation muss, wie in Artikel 139 der Verfassung beschrieben, „die größtmögliche Beteiligung der Bürger/innen“ durchsetzen und nicht die einer Teilgruppe der Bürger/innen.

Die partizipative Demokratie birgt noch ein weiteres Risiko, nämlich die Rückkehr begraben geglaubter Schichten einer überholten gesellschaftlichen Struktur auf die politische Bühne. In einer Gesellschaft, die beispielsweise der Logik von Volkzugehörigkeit oder Stammeskultur noch nicht gänzlich abgeschworen hat, wäre es für die Entwicklung nationaler Einheit nicht förderlich, wenn durch Prozesse partizipativer Demokratie die exzessive Reaktivierung der Vergangenheit gefördert würde. Wie wir wissen, ist es unmöglich, die Vergangenheit auszuradieren. Dennoch muss die Vergangenheit Vergangenheit bleiben und hat kein Recht, den Gang der Dinge hin zu einer besseren Zukunft zu beeinträchtigen oder zu stören. Die Vergangenheit kann sich manifestieren in Form von Kultur, Erinnerungen, Traditionen, Erzählungen, aber sie darf sich weder gegen die Emanzipation oder den Fortschritt einer Gesellschaft auflehnen, noch gegen Wahlmechanismen, die gewährleisten, dass eine Regierungsmehrheit durch die Anwendung des allgemeinen Wahlrechts zustande kommt. Die Vergangenheit darf nicht zur Zukunft der Gegenwart werden.

Um diese Gefahren und Risiken zu vermeiden, gibt es kein anderes Mittel als Verantwortung zu übernehmen, eine demokratische Haltung der öffentlichen Institutionen des Staates, die durch die Stimmen der Bürger/innen bestimmt werden. Eine Demokratie für jede/n, ein Staat für alle: Das ist der wahre Sinn der partizipativen Demokratie. /

ZUM WEITERLESEN:

Verfassung im Wortlaut

Die tunesische Verfassung auf deutsch finden Sie unter www.kas.de/wf/doc/12770-1442-3-30.pdf

Die Schlussdeklaration von Tunis

Die Schlussdeklaration des Global Forum on Modern Direct Democracy finden Sie (auf Englisch) unter tinyurl.com/tunisdeclaration

Yadh Ben Achour

ehem. Dekan der juristischen Fakultät der Universität Tunis, Verfassungsrechtler und islamischer Politikwissenschaftler, Präsident der ersten verfassungsgebenden Kommission Tunesiens.